

05. September 2018

Interpellation

von Yasmine Bourgeois (FDP)
und Christian Huser (FDP)
und 10 Mitunterzeichnenden

Der Besuch der Volksschule ist nicht freiwillig. Entsprechend ist auf politische bzw. weltanschauliche Ausgewogenheit des Volksschulunterrichts besonderes Gewicht zu legen. Kantonsverfassung (Art. 116, Abs. 2) und Bildungsgesetz (§ 4) halten deshalb fest, dass die staatlichen Schulen und damit auch die Volksschule politisch und konfessionell neutral zu sein haben.

Grundsätzlich stehen dabei offizielle Lehrmittel, mündliche Aussagen von Lehrpersonen sowie Lehrmittel und Angebote ausserschulischer Akteure im Vordergrund, da diese in besonderer Weise dazu geeignet sind, Schülerinnen und Schüler weltanschaulich zu beeinflussen. Zu den ausserschulischen Akteuren sind private Anbieter (inkl. NGOs), aber auch die städtische Verwaltung mit ihren schulischen Angeboten zu zählen.

Da die Volksschule grundsätzlich in kantonaler Verantwortung liegt, hat zunächst der Kanton die Verantwortung für die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben. Allerdings nimmt auch die Stadt Zürich in vielfältiger Weise auf die Lerninhalte Einfluss und stellt eigene Angebote bereit. Beispielhaft seien genannt: «Umweltschulen», «Naturschulen», Projekte wie «Kleine Klimaschützer» und «Umweltberatung», Unterrichtsdossiers zur 2000-Watt-Gesellschaft, Unterrichtsmaterialien zu klimagerechter Ernährung, CO₂-Nahrungsmittel-Jasskarten, ein Lebensmittellabel-Domino oder ein Expertenpuzzle «Was hat mein Essen mit dem Klima zu tun».

Schülerinnen und Schüler sollen dabei vielfältige Dinge lernen, wie etwa das (politisch nicht unbestrittene) Konzept der 2000-Watt-Gesellschaft verstehen und ihre eigenen Möglichkeiten erkennen. Viele der im Rahmen dieser Angebote abgegebenen Unterlagen enthalten zudem weiterführenden Links zu politisch einseitigen Organisationen («Alliance Sud», éducation21 etc.), die oft auch als Quelle für die Materialien gedient haben.

In Medienberichten wurde jüngst die politische Neutralität der Volksschule, insbesondere der Lehrmittel und der schulexternen Akteure, in Frage gestellt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welches Gewicht misst der Stadtrat einer politisch neutralen Volksschule bei?
2. Welche (im oder ausserhalb des Schulzimmers stattfindenden) unterrichtsergänzenden Angebote bietet die Stadt Zürich selber an (für Volks-, Berufs- und Kantonsschulen)?
3. Welche Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien bietet die Stadt Zürich selber an (für Volks-, Berufs- und Kantonsschulen)?
4. Welche (im oder ausserhalb des Schulzimmers stattfindenden) unterrichtsergänzenden Angebote Dritter vermittelt oder empfiehlt die Stadt Zürich (für Volks-, Berufs- und Kantonsschulen)?

5. Welche Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien Dritter vermittelt oder empfiehlt die Stadt Zürich (für Volks-, Berufs- und Kantonsschulen)?
6. Hat die Stadt Zürich eine Übersicht, welche dieser Angebote wie häufig in Anspruch genommen werden (im Bereich Volks-, Berufs- und Kantonsschulen)? Falls ja, bitten wir um eine entsprechende Aufstellung.
7. Werden unterrichtsergänzende Angebote, Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien auch Schulen ausserhalb der Stadt oder privaten Schulen angeboten? Falls ja, werden hierfür kostendeckende Gebühren verlangt?
8. Mit welchen Instrumenten stellt der Stadtrat die politische und konfessionelle Neutralität all dieser eigenen, vermittelten oder empfohlenen Angebote sicher, wie oft wurden solche Angebote, Lehrmittel oder Unterrichtsmaterialien aufgrund mangelnder politischer oder konfessioneller Neutralität abgelehnt, und um welche Angebote handelt es sich bei den abgelehnten Angeboten und Lehrmitteln konkret?
9. Welche unterrichtsergänzenden Angebote, Lehrmittel oder Unterrichtsmaterialien von üblicherweise dem bürgerlichen Spektrum zugerechneten Organisationen vermittelt oder empfiehlt die Stadt Zürich?
10. Erfüllen Organisationen wie PUSCH oder Schulnetz21/éducation21 in den Augen des Stadtrates das Gebot der politischen Neutralität, so dass sie sich für den Volksschulunterricht eignen? D.h. sind die von diesen Organisationen bereitgestellten Angebote politisch im Wesentlichen unbestritten oder stellen diese Organisationen die verschiedenen politischen Standpunkte ausgewogen dar?
11. Das GUD hat im Rahmen des Erlebnismonats «Zürich isst» 84 Unterrichtsmaterialien empfohlen, die grossmehrheitlich eine klare politische Schlagseite haben. Die Empfehlungen sind heute noch online zu finden. Beispielhaft sei die Einführung des Unterrichtsmaterials «Machtkampf Biotechnologie. Wem gehören unsere Lebensmittel?» erwähnt: «Amerikanische und europäische Chemiemultis bauen internationale Monopole unter dem Vorwand auf, die Ernährungsprobleme der Welt zu lösen. Dabei wird nicht die Nährstoffzusammensetzung gentechnisch verändert, sondern das Saatgut gegen das firmeneigene Herbizid resistent gemacht. Farmer werden vertraglich verpflichtet, zum transgenen Saatgut das betreffende Herbizid zu kaufen. Die Folge dieser Praxis ist Abhängigkeit pur für Farmer und Konsumenten. Kurzfristig wirtschaftliche Erfolge sind zu verzeichnen, ökologische Risiken und Misserfolge werden totgeschwiegen. Die Sortenvielfalt der Hauptnahrungspflanzen wird drastisch reduziert und die Gefahr besteht tatsächlich, dass die nächste Generation unserer Nahrungspflanzen nur noch aus genmanipulierten Sorten besteht.» Hält der Stadtrat ein solches Unterrichtsmaterial für politisch neutral und damit verfassungskonform?
12. Der Interpellantin ist aufgefallen, dass in Lehrerzimmern oftmals politisch links ausgerichtete Unterschriftensammlungen und ebensolches Propagandamaterial aufliegt. Nur selten haben diese Unterlagen einen Bezug zur Volksschule. Inwiefern toleriert dies die Stadt Zürich bzw. sollen dies Schulleiterinnen und Schulleiter akzeptieren, und wo liegen für den Stadtrat die Grenzen?

[Handwritten signature]

Y. Boung

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

E. Schoch

[Handwritten signature]

M. Adami

[Handwritten signature]

P. B...

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]